

Forschung

Schlichtung ohne Hexenjagd

Das US-amerikanische Office of Research Integrity stellt fälschende Forscher an den Pranger. In Österreich entsteht eine ähnliche Stelle mit versöhnlicherem Konzept. Damit künftige „Innsbrucks“ anders ablaufen.

Alexandra Riegler

Die Nachricht von der fragwürdigen Inkontinenzstudie an der Medizinuni Innsbruck machte beim Forum Alpbach die Runde. In den Gängen des Congress Zentrums beherrschte die Freisetzung von Rektor Clemens Sorg die Gespräche. Drinnen im Erwin-Schrödinger-Saal donnerte Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) in die Runde: „Ich lasse mir nicht den Wissenschafts- und Forschungsstandort Österreich durch das eine oder andere schwarze Schaf kaputt machen.“

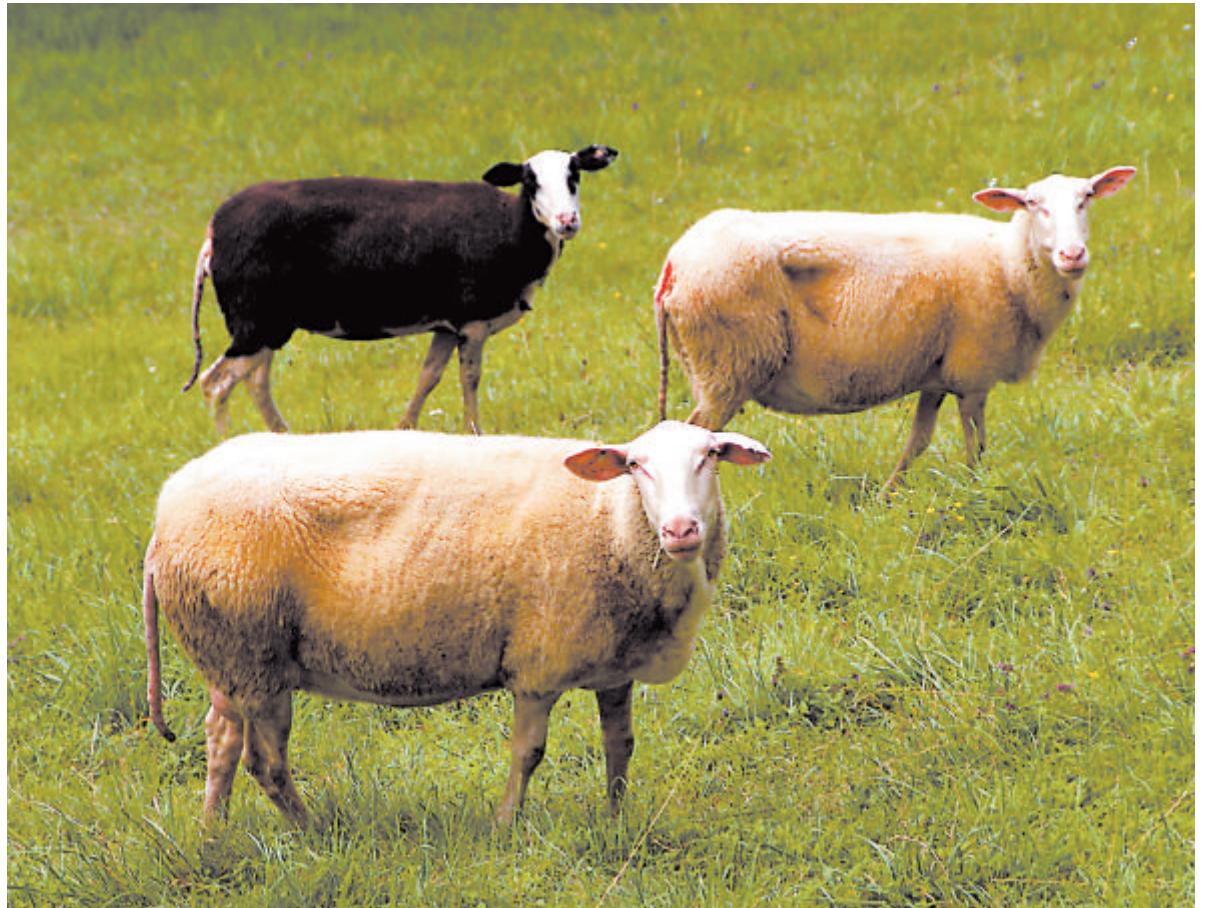
Als Lösung für vom Weg abgekommene Forscher wird seither eine „Agentur für wissenschaftliche Integrität“ gehandelt, so der Arbeitstitel. Diese soll bei Verdacht auf Forschungsfehlverhalten überprüfend einschreiten. Die Vorbereitungen für die Stelle laufen beim Wissenschaftsfonds (FWF) und der Akademie der Wissenschaften seit zwei Jahren, die Gründung ist für Oktober vorgesehen. Danach konstituiert sich der Weisenrat, dessen Mitglieder, bis auf einen Juristen, allesamt aus dem deutschsprachigen Ausland kommen sollen. „Österreich ist ein sehr kleines Land, da kennt jeder jeden. Bei der Agentur soll ein Höchstmaß an Unabhängigkeit gewährleis-

tet sein“, erklärt FWF-Präsident Christoph Kratky. Der Vorschlag stößt nicht nur auf Gegenliebe. „Ich verstehe nicht, warum wir uns selbst kastrieren. Ich glaube nicht, dass ausländische Wissenschaftler unabhängiger sind als österreichische“, kritisiert TU-Graz-Rektor Hans Sünkel.

Als Vorbild für die Agentur wurde in den Medien neben einer Einrichtung der Deutschen Forschungsgesellschaft wiederholt das amerikanische Office of Research Integrity (ORI) genannt. Die Stelle ist organisatorisch im Gesundheitsministerium angesiedelt und geht Fälschungshinweisen bei öffentlich finanzierten Forschungsprojekten nach. Ob das ORI für Europa nachahmenswert ist, war bereits in Alpbach umstritten: „Das US-System ist unflexibel und fragmentiert. Ich bin mir nicht sicher, ob es irgendwo anders kopiert werden sollte“, meint Brian Salter, Co-Direktor der Global Biopolitics Research Group am Londoner King's College.

Der Fall Baltimore

Tatsächlich blickt das ORI in seiner Geschichte auf eine Reihe von Verfehlungen zurück. Eine davon nahm ihren Anfang 1986, als es der Forscherin Margot O'Toole am Massachusetts Institute of Technology nicht



Wissenschaftsminister „Gio“ Hahn will sich durch das eine oder andere schwarze Schaf die österreichische Wissenschaftscommunity nicht schlechtreden lassen. Foto: Bilderbox.com

gelang, einen Versuch nachzustellen. Dieser war Teil eines zuvor veröffentlichten Papers im Journal Cell.

Bei Thereza Imanishi-Kari, der Verantwortlichen der Testreihe, stößt O'Toole auf taube Ohren. Als sie ein Notizbuch mit scheinbar kontroversiellen Versuchsaufzeichnungen findet, Teile daraus kopiert und den Behörden übergibt, bricht eine Hexenjagd los. O'Toole bleibt dabei als Informantin-Whistleblower weitgehend ungeschützt. Gleichzeitig verwenden die Ermittler O'Tooles Argumente, um Imanishi-Kari vor sich her zu treiben, für die Nobelpreisträger David Baltimore, Co-Autor des Cell-Papers, in die Bresche springt.

Das ORI, seinerzeit noch unter dem Namen Office of Scientific Integrity, verkommt schließlich zum Spielball der Politik, als sich der demokratische Abgeordnete John Dingell einmischte und einen geradezu persönlichen Feldzug gegen die Wissenschaftler vom Zaun bricht. Imanishi-Kari wurde in 19 Anklagepunkten schuldig gesprochen und für zehn Jahre von öffentlichen Forschungsgeldern ausgeschlossen. Zehn Jahre später war es auch, als der Fall von einem Revisionsboard neu aufgerollt wurde, das Imanishi-Kari in allen Punkten entlastete. Das Urteil des Boards war vernichtend: Das meiste,

was vom ORI als Beweis vorgebracht worden war, wäre irrelevant, nur bedingt beweiskräftig, inkonsistent oder schlicht nicht glaubhaft gewesen. Dabei hatte das ORI im Zuge seiner Untersuchungen sogar den Secret Service zur Überprüfung von Schriften und Tinten in verschiedenen Notizbüchern hinzugezogen.

Keine Wissenschaftspolizei

Aus Sicht Kratkys fehlt dem ORI die richtige Passform für Europa. Hinzu käme, dass auch in den USA nur 30 Prozent der angezeigten Fälle tatsächlich behandelt würden, weil die Gerichtsbarkeit für die anderen nicht ausreiche. Eine Stelle, „die vom einen zum anderen zieht und Wissenschaftler überprüft“, solle es in Österreich nicht geben, meint Kratky. Dennoch wünschte sich der noch amtierende Wissenschaftsminister zuletzt noch, dass die Einrichtung „von sich aus aktiv werden kann“.

Laut Plan sollen die Universitäten über einen freiwilligen Beitritt den Betrieb der Agentur mitfinanzieren und können deren Dienste in Anspruch nehmen. „Wie wenn Sie beim Öamtc sind“, zieht der FWF-Chef einen Vergleich. Noch steht nicht fest, ob auch anonymen Hinweisen nachgegangen wird, außer bei gut dokumentierten Plagiatswürfen. „Die Anonymität eines

Whistleblowers ist meist nicht zu sichern in solchen Fällen“, meint Kratky. Über den Bedarf einer Agentur für wissenschaftliche Integrität herrscht indes Einigkeit. „Ich höre vor allem von Naturwissenschaftlern, dass diese absolut notwendig sei“, sagt Gerhard Petersmann, Dekan der Kultur- und Gesellschaftswissenschaften in Salzburg. Petersmann stellt sich ein Gremium, nicht unähnlich jenem des FWF vor, das, mit zehn bis 15 Leuten besetzt, Urteile fällt: „Das ist es, was die Gelehrtenrepublik machen kann.“

Dass Roxana González von der Carnegie Mellon University Zahlen in vier psychologischen Studien fälschte, hat sich herumgesprochen. Seit Abschluss des Verfahrens ist ihr Name gut sichtbar auf der Webseite des ORI inklusive der Konsequenzen aufgeführt, die sich die Doktorandin einhandelte: ein dreijähriger Ausschluss von Peer-Review-Tätigkeiten, die weitere Überwachung ihrer Arbeit durch das ORI. Von solchen Methoden will man in Österreich Abstand nehmen. Zwar ist ein gewisser Interessenkonflikt nicht von der Hand zu weisen. „Einerseits gilt es Persönlichkeitsrechte zu wahren, andererseits geht es um die Information der Öffentlichkeit“, resümiert Kratky. Aber das sei eben ein Spagat, den jedes Institut dieser Art aushalten müsse.

techno: logisch gründen

Wir finanzieren Ihre Idee
 tecnet verhilft Ihren Forschungsergebnissen zum Durchbruch mit

- Patent- und Technologieverwertung,
- Gründerunterstützung,
- Venture Capital.

tecnet
 capital

www.tecnet.co.at

N
 Wir haben noch viel vor.